Ausschuss:	**Berichterstattung:**
Tagungs-Berichtsausschuss	Synodaler Domke
Vorlage: Zur Krise in der Durchführung der Asylverfahren, der Erstaufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen	

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Die Landessynode nimmt wahr, dass die Einschränkungen im Zugang zum Asylverfahren aufgrund von Verzögerungen im Aufnahmeprozess beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Inanspruchnahme des Rechts auf Zugang zum Asylverfahren erheblich beeinträchtigen. Wie alle Asylsuchenden, so haben auch die in ihrer Heimat stark diskriminierten Angehörigen der Roma-Minderheit aus Serbien und Mazedonien ein Recht auf zügige, gründliche und unvoreingenommene Prüfung ihres Asylbegehrens.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass – unter der Annahme weiter steigender Zugangszahlen – schnellstmöglich genügend Kapazitäten für die reguläre Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden in NRW eingerichtet werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung von ausreichenden zusätzlichen Mitteln für die bedarfsgerechte Sozial- und Verfahrensberatung an jedem Standort der Erstunterbringung, um den Betroffenen faire Chancen zur erfolgreichen Gestaltung ihrer Asylverfahren zu ermöglichen.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung über die EKD,

- beim Bundesinnenministerium darauf hinzuwirken, dass es nicht weiter zu Schnellverfahren etwa für Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien kommt,

- sich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dafür einzusetzen, dass genügend zusätzliches, aber auch entsprechend qualifiziertes Personal für die Bearbeitung der Asylanträge eingestellt wird, um den steigenden Antragszahlen gerecht zu werden und den Anspruch jedes Einzelnen auf ein geordnetes Verfahren einlösen zu können.

Sie bittet die Kirchenkreise und Kirchengemeinden, die betroffenen Menschen und die Arbeit der Fachleute vor Ort in ihrem Umfeld aktiv zu begleiten und zu unterstützen, indem sie z. B. vorhandene Immobilien zur Verfügung stellen.

Begründung:

In den vergangen zwei Jahren sind die Zahlen von Asylsuchenden in Deutschland kontinuierlich gestiegen. Nach Jahren des Rückgangs erreichten sie 2011 wieder den Stand von 2003. Bis Oktober haben in diesem Jahr ca. 48.000 Personen Asyl beantragt (im gesamten Vorjahr waren es 45.741). Davon nimmt Nordrhein-Westfalen ca. 22% in die Unterbringung während der Asylverfahren auf.
Obwohl die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und andere Wohlfahrtsverbände bereits seit zwei Jahren Ministerien und Behörden bitten, die Ausstattung in der Erstaufnahme zu verbessern, wurden die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen in NRW dem steigenden Bedarf nicht zureichend angepasst. Dies hat angesichts des – wie jedes Jahr zum Winter – signifikant ansteigenden Zugangs von Asylsuchenden, insbesondere aus Serbien und Mazedonien am Jahresende zu einer Krise in der Erstaufnahme und der Unterbringung von Flüchtlingen geführt. In einigen Kommunen in NRW wurden Notaufnahmestellen z. B. in Turnhallen oder Schulen eingerichtet. Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie wurden spontan zur Nothilfe in den provisorischen Unterbringungseinrichtungen eingesetzt.
Derzeit sind weder eine angemessene Unterbringung noch eine reguläre Bearbeitung der Asylanträge möglich. Viele Flüchtlinge werden ohne durchgeführte Anhörung ihres Asylgesuches schnellstmöglich in die Kommunen weitergeleitet. Bei der Zuweisung der Flüchtlinge gelingt es oft nicht mehr, die Familieneinheit sicherzustellen und humanitäre Aspekte angemessen zu berücksichtigen. Es besteht die Gefahr, dass sich die Qualität des Asylverfahrens erheblich verschlechtert.